

## Protokoll Einwohnerratssitzung vom 13. November 2023

14. Sitzung vom 13. November 2023 ab 19:00 Uhr bis 21:20 Uhr im Casino Wohlen

---

<b>Vorsitz</b>	Cyrille Meier, Präsident
<b>Protokollführung</b>	Michelle Hunziker, Aktuarin
<b>Präsenz</b>	<b>Einwohnerrat</b> Mitglieder des Einwohnerrats: 36 Absolutes Mehr: 19 Zweidrittelsmehr: 24  <b>Gemeinderat</b> Arsène Perroud, Gemeindeammann Thomas Burkard, Vizeammann Roland Vogt, Gemeinderat Ariane Gregor, Gemeinderätin  <b>Weitere Anwesende</b> Pirmin Wiederkehr, Leiter Tiefbau & Verkehr Paul Bitschnau, Präsidium SLK
<b>Entschuldigungen</b>	Denise Strasser, Gemeinderätin Mika Heinsalo, Dorfteil Anglikon Meinrad Meyer, Die Mitte Valentin Meier, SP Olivier Parvex, GLP

## TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Dringliche Motion 15090 betreffend Ausgaben-Notbremse
3. Bericht und Antrag 15086 Sanierung Untere Farnbühlstrasse Mitte – Genehmigung Verpflichtungskredit
4. Bericht und Antrag 15087 Sanierung Hochwacht- und Kapellstrasse, Abschnitt Gyrenhübel- bis Jurastrasse – Verpflichtungskredit
5. Motion 15045 betreffend Outsourcing der P+R Anlage unterhalb des Bushofes beim Bahnhof
  - ▶ Der Gemeinderat ist bereit die Motion entgegenzunehmen
6. Postulat 14147 betreffend Vermeidung von Einwegprodukten
  - ▶ Der Gemeinderat ist bereit das Postulat entgegenzunehmen
7. Antwort zur Anfrage 15081 betreffend Standortstrategie Schulraumplanung

Meier Cyrille, Präsident:

### **Eingänge**

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 16. Oktober 2023 zu verzeichnen:

- Einladung zur 14. Einwohnerratssitzung vom 13. November 2023
- Anfrage 15088 betreffend Doppelkindergarten Lindenbergrasse und Standortstrategie Schulraumplanung
- Antwort zur Anfrage 15085 betreffend Schülertransport von Anglikon nach Wohlen
- Haltung zur Motion 15045 betreffend Outsourcing der P+R Anlage unterhalb des Bushofes beim Bahnhof – Antrag auf Nichtüberweisung
- Haltung zum Postulat 14147 betreffend Vermeidung von Einwegprodukten – Antrag auf Nichtüberweisung
- Antwort zur Anfrage 15081 betreffend Standortstrategie Schulraumplanung
- Sitzungsdaten Einwohnerrat 2024
- Einladung zur 15. Einwohnerratssitzung vom 11. Dezember 2023
- Budget 2024 der Einwohnergemeinde Wohlen AG – 2. Vorlage (15083)
- Anfrage 15089 betreffend Einheitspolizei im Kanton Aargau
- Dringliche Motion 15090 betreffend Ausgaben-Notbremse

Es liegt auf:

- Flyer Klingender Adventskalender Regionale Musikschule Wohlen

**Dringliche Motion 15090 betreffend Ausgaben-Notbremse**

---

Breitschmid Manfred, SVP: Ich bin der Meinung, dass die Ausgaben-Notbremse eine Dringlichkeit vorweist, denn je nach dem, wann eine Motion beantwortet wird, kann es Monate dauern. Dies scheint mir nicht sinnvoll zu sein. Ich bitte Sie deshalb, dieser Motion die Dringlichkeit zu gewähren.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Gemeinderat sieht in diesem Vorstoss keine Dringlichkeit. Wir verweisen auf die geltende Gemeindegesetzgebung, in welcher die Grundsätze der Haushaltsführung festgelegt sind. Nach diesen haben die Gemeinden ihr Handeln auszurichten. Wir haben vor einem Jahr zu entsprechenden zwei Vorstössen hier im Rat Stellung genommen. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen daher der Dringlichkeit nicht zu zustimmen. Sollte die Dringlichkeit angenommen werden, so werden wir selbstverständlich ausführlich dazu Stellung nehmen.

**Fraktionsmeinungen**

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Unserer Meinung nach ist dies nicht der richtige Weg und die drei Anträge sind auch nicht wirklich umsetzbar. Natürlich verlangen auch wir vom Gemeinderat ein bisschen mehr Finger-spitzengefühl bei der Wahl, welche Geschäfte dringend sind und welche noch hinausgeschoben werden könnten. Wir stimmen jedoch der Dringlichkeit zu, damit wir diese Motion schon heute abweisen können.

**Abstimmung über die Dringlichkeit**

*Die Dringlichkeit wird mit 35 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme angenommen.*

Breitschmid Manfred, SVP: Ich bedanke mich für die Annahme der Dringlichkeit meiner Motion. Mein formulierter Antrag ist ausführlich, weshalb klar erkennbar ist, um was es konkret bei dieser Ausgaben-Notbremse geht. Sie fragen sich bestimmt, was die Motivation hinter dieser Ausgaben-Notbremse ist. Die Entwicklung der Finanzen in der Gemeinde Wohlen zeigt auf, dass wir nicht so wie vor einigen Jahren fortfahren können. Das Umfeld hat sich wesentlich verändert. Das heisst, dass der Wunschbedarf zurückstecken muss. Deshalb steht in meinem Antrag, dass man im Bereich der Investitionen nur noch Projektanträge des Gemeinderates erhalten, welche dringend notwendig oder wichtig sind. Anhand der unterbreiteten Anträge sollen dem Einwohnerrat jeweils auch die Konsequenzen aufgezeigt werden, sollte der Einwohnerrat die Vorlage ablehnen. Dies soll so lange in Kraft sein, bis der Steuerfuss wieder bei 113% ist. Ein Steuerfuss von 113% ist nicht besonders ehrgeizig, jedoch ist dies eine Marke, welche ich als realistisch erachte. Ausgenommen von dieser Notbremse sind Ausgaben im Bereich des Unterhalts, der Werterhaltung. Diese müssen gemacht werden, denn sie sind sinnvoll und notwendig. Diese Notbremse ist keine mathematische Formel. Aus diesem Grund gebe ich gerne einige Gedanken mit auf den Weg, und zwar wann sie in Kraft treten soll und bei welchen Themen. Wenn es beispielsweise um die Aufwertung der Zentralstrasse geht, bin ich der Meinung, dass dies nicht dringend ist, weshalb dieses Projekt zurückgestellt werden kann. Wenn es beispielsweise um das Projekt Isler-Areal geht, bin ich der Meinung, dass man das Geschäft traktandieren und behandeln soll. Dies bringt schlussendlich Geld in die Gemeindekasse. Wenn es beispielsweise um Schulräumlichkeiten geht, möchte bestimmt niemand hier im Rat, dass die Schülerinnen und Schüler in den Gängen unterrichtet werden müssen. Der gleichzeitige positive Nebeneffekt ist, dass man gleichzeitig personelle Ressourcen sparen kann, in dem man nicht an Projekten oder Investitionen arbeitet, welche im Nachgang so oder so nicht zum Tragen kommen sowie die finanziellen Einsparungen. Nachdem ich die Stellungnahme der FGPK zum Budget gelesen habe, habe ich mich gefragt, was noch notwendig ist, damit die Geschäfte künftig genauer überprüft werden und nur noch dringende und notwendige Geschäfte an den Einwohnerrat gelangen. Ich habe Folgendes in der Stellungnahme der FGPK gelesen:

«Die Selbstfinanzierung beträgt TCHF 2'322, was einem besorgniserregenden Wert von rund 10% entspricht.» Und weiter: «Die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde muss als klar ungenügend beurteilt werden.» Und weiter: «Der Selbstfinanzierungsgrad der Einwohnergemeinde Wohlen liegt im Budget 2024 bei nur 10%. Erst ab einer Selbstfinanzierung von <70% kann von einer verantwortbaren Neuverschuldung gesprochen werden.»

Und weiter:

«Die FGPK sieht sich bestätigt, dass die hohe Verschuldung (ausgelöst durch die umfangreichen Investitionen) bei inzwischen gestiegenen Zinsen zu ernsthaften Problemen führt.»

Und weiter:

«Eine deutliche Erhöhung des Steuerfusses muss aus finanztechnischer Sicht erfolgen.»

Ich bin sehr froh um die klare Stellungnahme der FGPK. Man kann es eigentlich gar nicht mehr deutlicher ausdrücken, wo Wohlen aktuell steht. Man könnte sogar sagen, dass wir uns im Freiamt zum Armenhaus entwickeln. Vielleicht werden Sie nun sagen, dass dies zu stark zugespitzt ist. Wir haben im Bezirk Bremgarten und Muri total 41 Gemeinden. Von diesen 41 Gemeinden sind wir nächstes Jahr bei einem Steuerfuss 120% auf dem 40. Platz. Der beantragte Steuerfuss des Gemeinderates ist erst der Anfang der Fahnenstange. Wo das Ende sein wird, können wir zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht sagen. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir im Freiamt den letzten Platz belegen werden, ist aktuell mehr oder weniger auf einem guten Weg. Wenn wir das wollen, dann können wir ruhig bei den Investitionen, Ausgaben und Projekten wie in der Vergangenheit weiterfahren. Wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir dem Gemeinderat sagen, dass die Vorlage, welche sie uns unterbreiten, zwingend und dringend sein muss. Zudem wollen wir eine Beurteilung, in welcher ersichtlich ist, was bei einer Ablehnung passieren würde. Viele von Ihnen sind sich gewöhnt, im Jahresgespräch eine Eigenbeurteilung der eigenen Leistungen beim Arbeitgeber zu machen. Die Ausgaben-Notbremse verlangt eigentlich nichts Unmögliches. Es verhindert auch nicht, dass man Geld ausgeben kann. Man kann es einfach nicht mehr gleich ausgeben wie in der Vergangenheit, denn es ist eine Notbremse vorhanden. Wir werden oft verglichen, in dem das gesagt wird, dass wir die viergrösste Gemeinde im Kanton Aargau sind. Auch dass wir die Gemeinde mit dem regionalen Hauptort sind, welcher Standortaufgaben hat. In diesem Bereich wäre es interessant zu hören, wie dies bei den ersten drei Gemeinden (Aarau, Baden und Wettingen) aussieht. Das sind alles auch Gemeinden, welche in der Region eine Funktion übernehmen müssen, grosse Schulen, Sportanlagen, eventuell Hallenbäder usw. haben. Der Steuerfuss der genannten Gemeinden liegt unter 100%. Die Gemeinde Wohlen ist wirklich einsame Spitze und man kann so weitermachen. Dem Gemeinderat kann nicht zugemutet werden, dass im Investitionsbedarf bei Projekten in einer Vorlage eine Eigenbeurteilung vorgenommen wird. Ist es zwingend, ist es dringend, welche Konsequenzen gibt es. Dann werden Sie wie so oft auch diese Motion heute Abend beerdigen. Das ist mir klar.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Selbstverständlich darf man den Vergleich mit den grössten Gemeinden machen. Mit grösseren Gemeinden, welche eine ähnliche Aufgabenstellung haben. Der Motionär, Manfred Breitschmid, hat es richtig gesagt, die Aufgaben sind dieselben. Was unterschiedlich ist, ist der Normsteuerertrag in der Gemeinde Wohlen. Die Vergleiche sind dann auch in diesem Bezug zu machen und dies mit einem notwendigen Steuerfuss zur Erfüllung der gleichen Aufgaben ins Verhältnis zu setzen. Gleichzeitig sind die entsprechenden Schuldenhöhen von diesen Gemeinden beizuziehen. Diese Zahlen sind öffentlich einsehbar.

Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen die Motion abzulehnen. Die Motion in der vorliegenden Formulierung und Forderungen ist nicht umsetzbar. Dies habe ich bereits bei meinem Eintretens-Votum zur Dinglichkeit ausgeführt. Das Gemeindegesetz regelt nämlich die wesentlichen Punkte und das ist das Folgende:

«§ 85 b Grundsätze der Haushaltsführung – Die Haushaltsführung richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, des Haushaltsgleichgewichts, der Sparsamkeit, der Dringlichkeit, der Wirtschaftlichkeit, des Verursacherprinzips, der Vorteilsabgeltung und des Verbots der Zweckbindung von Steuern.»

Dies steht so im Gemeindegesetz und daran haben wir uns zu halten. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Ausführungen des Gemeinderates zum Postulat 15024 von Ruedi Donat, Die Mitte, betreffend Steuerfusserhöhung zwingend mit Schuldenabbau. Vor allem aber verweisen wir auf die Motion 15029 von Claudia Hauri, SVP, betreffend Schuldenabbau und Steuerfussobergrenze. Beide Vorstösse wurden vom Einwohnerrat vor einem Jahr behandelt. Die rechtlichen Grundlagen und die Mechanismen zu den Ausgaben und der Schuldenbremse – ganz ähnlich wie im vorliegenden Vorstoss gefordert – haben wir damals dargelegt. Wir gehen davon aus, dass dem Motionär diese Ausführungen des Gemeinderates und die ablehnenden Haltungen des Einwohnerrates bekannt sind.

Wollte man die Forderungen dieser Motion umsetzen, stellt sich die Frage nach welchen Kriterien der Gemeinderat zu beurteilen hat, ob eine Ausgabe zwingend oder dringend ist. Was sind die Beurteilungskriterien? Das Gemeindegesetz und die Gemeindeordnung regeln die Zuständigkeiten und die Entscheidungskompetenzen zwischen der Exekutive und der Legislative. Es ist Ihr Privileg als Legislative Entscheidungen zu treffen und die Verantwortung dafür zu tragen. Der Gemeinderat nimmt seine Aufgaben in seinem Bereich ebenfalls wahr und unterbreitet Ihnen die Vorlagen entlang der Grundsätze der Haushaltsführung.

Irritiert hat der Gemeinderat zur Kenntnis genommen, dass der Motionär mit diesem Vorstoss eine Kompetenzbeschneidung des Parlaments bezwecken möchte. Mit diesem Vorstoss wird dem Einwohnerrat nämlich die Kompetenz abgesprochen, die Vorlagen des Gemeinderates überhaupt richtig prüfen zu können, sich eine politische Meinung dazu zu machen und darüber zu entscheiden. Vorhin wurde das Beispiel der Zentralstrasse gebracht. Wie entscheidet nun der Gemeinderat, ob das Projekt dringend und zwingend ist? Ist dies aufgrund des Strassenzustandes? Ist es aufgrund einer breiten Willensäusserung aus der Bevölkerung oder ist es aufgrund eines Vorstosses von einer Fraktion? Das ist die Aufgabe des Parlaments über solche Sachen die Entscheidungen zu fällen und diese Verantwortung müssen Sie tragen.

Zudem haben Sie die Möglichkeit dies in der Budgetdebatte zu machen oder dies bei der Behandlung der Vorlagen zu diskutieren – was Sie heute Abend auch machen werden. Die politischen Forderungen, welche wir Ihnen unterbreiten, sind in der Beurteilung sehr unterschiedlich. Da hat jeder hier im Saal eine ganz andere Meinung, was wichtig ist und was nicht. Die Aufgabe des Gemeinderates ist es, die Anträge nach den Haushaltsgrundsätzen, welche ich Ihnen vorhin vorgelesen habe, aufzuarbeiten und Ihnen zu unterbreiten. Wir sind überzeugt als Gemeinderat, dass Sie im Einwohnerrat weiterhin die tragfähigen und mehrheitsfähigen Entscheidungen tragen können und nicht in Ihren Entscheidungen und Beurteilungen beschnitten werden möchten. Nutzen Sie diese Möglichkeit, sich im Rat zu den einzelnen Projekten und Vorlagen zu äussern. Der Gemeinderat hat das Vertrauen zu Ihnen, dass dies richtig funktioniert.

## **Fraktionsmeinungen**

Pascalina Laura, SP: Die SP-Fraktion wird der Motion aus folgenden Gründen nicht zustimmen. Erstens hat der Einwohnerrat – als Legislative – die Macht über die Notbremse und diese an den Gemeinderat zu delegieren widerspricht sich mit dem Prinzip der Gewaltenteilung. Zweitens unterstellt der Motionär dem Gemeinderat, dass er dem Einwohnerrat willkürlich Geschäfte vorlegt. Im Punkt 1 der Motion versteht der Motionär das Einmaleins der Kommunalpolitik nicht. Die Begründungen werden jeweils in den Geschäften aufgezeigt. Im Finanzplan kann man die Auswirkung auf die Finanzen bei einer Ablehnung selbst errechnen. Der Gemeinderat muss seine Kernaufgaben, also die zwingenden gesetzlichen Aufgaben erfüllen und der Einwohnerrat entscheidet, in welchem Rahmen dies geschieht. Last but not least, befinden wir uns auch in dieser angespannten finanziellen Lage, weil man Jahrzehnte lang alles verschoben hat und so wenig wie möglich investiert hat. Jetzt muss der jetzige Gemeinderat alles ausbaden. Bitte unterstützen sie diese Motion auf keinen Fall.

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Wie bereits vorhin erwähnt, stimmen wir dieser Motion auch nicht zu. Es stellt für uns den falschen Weg dar. Wir möchten dem Gemeinderat jedoch auf den Weg geben, dass er ab jetzt noch haushälterischer mit unseren Finanzen umgehen soll. Der Vorwurf an den Einwohnerrat, dass er zu viel ausgibt, ist nämlich auch nicht ganz korrekt. Für die Mitte-Fraktion ist es klar, dass diese Speisekarte kleiner und günstiger werden muss. Es braucht mehr Gespür und ein besseres Zusammenspiel vom Gemeinderat und vom Einwohnerrat.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon ist ebenfalls gegen die Überweisung dieser Motion. Der Kern unserer Überlegung ist, dass es nicht umsetzbar ist. Wir haben keine Lust dazu generell auf unsere Rechte als Einwohnerräte verzichten zu müssen. Ich bin allerdings nicht der einzige unserer Fraktion, welcher durchaus Verständnis für diese Motion hat. Der Gemeinderat hat wohl an der letzten Einwohnerratssitzung einfach nicht zugehört und bringt wieder ein Budget, bei welchem das Gefühl erweckt wird, dass der Einwohnerrat vom Gemeinderat nicht ernst genommen wird. Das ist bedauerlich. Wir müssen finanziell den Gürtel enger schnallen, da führt kein Weg daran vorbei. Aber die Forderungen dieser Motion, stellt auch aus unserer Sicht nicht den richtigen Weg dar.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Manfred Breitschmid weiss genau, dass wir in Wohlen, als Zentrumsgemeinde des Freiamts, viele Aufgaben auferlegt bekommen, welche wir nicht beeinflussen können. Das haben wir bereits das letzte Mal gehört. Wohlen hat viele Jahre lang die notwendigen Investitionen gestoppt, um den tiefen Steuerfuss beibehalten zu können. In den letzten paar Jahren wurde dieser Fehler glücklicherweise erkannt und marode Infrastruktur wurde saniert. Die Aufgabe der Gemeinde wurde wahrgenommen und darüber sind wir alle froh. Wohlen wird mit einem höheren Steuerfuss für die nächsten paar Jahre beissen müssen. Aber es werden wieder andere Zeiten kommen. Wie Denise Strasser uns dies letztes Mal gezeigt hat, macht dies auf den einzelnen gar nicht so viel aus. Wir sind bereit für einen höheren Steuerfuss, damit Wohlen irgendwann wieder einen tieferen haben kann. Die Grüne-Fraktion wird dieser Motion nicht zustimmen.

### **Einzelvoten**

Donat Ruedi, Die Mitte: Ich weiss nicht, wie über diese Motion abgestimmt wird. Darin sind ja eigentlich drei Anträge verpackt. Im ersten Antrag – das ist mir noch sympathisch – müsste der Gemeinderat aufzeigen, welche Konsequenzen zu erwarten sind, wenn der Einwohnerrat ein Geschäft zurückweist. Ich muss unserem Gemeindeammann widersprechen. Der Gemeinderat befindet sich an der Front und weiss über die Konsequenzen Bescheid, wenn ein Geschäft zurückgewiesen wird. Sollte einzeln über diese Anträge der Motion abgestimmt werden, werde ich dem ersten Antrag zustimmen und die anderen beiden, aufgrund der fehlenden Umsetzbarkeit, ablehnen.

Meier Cyrille, Präsident: Weist darauf hin, dass über die Motion als Ganzes abgestimmt wird und nicht über einzelne Anträge der Motion.

Lütolf Harry, Die Mitte: Manfred Breitschmid hat in seiner Vorstoss-Werkstatt wieder einmal etwas zusammen gestrickt. Doch das Gestrickte kratzt mich, wie die selbst gestrickten Socken meiner verstorbenen Grossmutter. Der Vorstoss kratzt also gewaltig und zwar kratzt er mich insbesondere darum, weil Manfred Breitschmid denkt, er hätte die Weisheit mit Löffeln gefressen. Ein Steuerfuss mit 113% steht in einem der Anträge, das muss es sein in Wohlen und alles was höher ist, geht im Prinzip nicht. Es läuft in etwa darauf hinaus, wenn man den Text von Manfred Breitschmid liest. Manfred Breitschmid, als Einzelmaske, findet dass in der Gemeinde Wohlen für alle Ewigkeit nur noch ein Steuerfuss von 113% gelten soll. Das Volk hat dazu nichts mehr zu sagen und der Einwohnerrat – sollte er dem heute zustimmen – hat nichts mehr dazu zu sagen. Das geht so natürlich nicht. Wir würden uns mit einer Annahme dieses Vorstosses wirklich selbst kastrieren. Mit einer Zustimmung würden wir uns unsere Rechte selbst nehmen und wir würden die Rechte auch dem Volk nehmen. Vielleicht gibt es in dieser Gemeinde irgendwann einmal eine Mehrheit – was nicht anzunehmen ist – welche findet, dass einmal ein Steuerfuss von 115% angemessen sei. Aber Manfred Breitschmid möchte dies unter gar keinen Umständen dem Volk vorlegen. Er führt auch unbestimmte Rechtsbegriffe ein, wie wann etwas dringlich sein soll – der Gemeindeammann hat es ausgeführt – oder wenn etwas dem Werterhalt dient, dann darf es dann schon gemacht werden. Ich könnte tausend Beispiele nennen, welche dem Werterhalt dienen, bei welchen Manfred Breitschmid dann wahrscheinlich findet, dass sie nicht dringlich sind. Da beissen sich zwei im Vorstoss zusammengestrickte Argumente. Es ist unmöglich, sinnvoll zu interpretieren, was Manfred Breitschmid uns hier unterbreitet. So funktioniert dies nicht und ich möchte das auch dem Volk nicht zumuten.

Breitschmid Manfred, SVP: Ich danke Laura Pascolin und Harry Lütolf für die sehr gut gemeinten Ratschläge. Auch in meinem Alter habe ich immer noch offene Ohren und bin lernfähig. Mal sehen, wenn ich darüber nachdenke, ob etwas übrig bleibt. Ich möchte jedoch dem Herr Gemeindeammann sagen, dass

es nicht um eine Schuldenbremse geht, sondern es geht um eine Ausgabenbremse. Sie betrifft die Investitionen und die Projekte. Ich stelle fest, man möchte so weiterfahren wie bisher. Ein Steuerfuss von 113% habe ich gewählt, weil ich ja nicht auf Immer und Ewig eine solche Schuldenbremse haben möchte. Ich habe mir überlegt, dass man ja irgendwann den Freiraum haben möchte wieder darauf zu verzichten. Also wir sind auf gutem Kurs, um den letzten Platz im Freiamt zu erreichen und ich stelle fest, dass doch eine gute Mehrheit dieses Rates diesen Weg machen möchte. Ich kann Ihnen sagen, dass die SVP dem Entgegenwirken wird. Für ein Referendum benötigt es noch etwa 450 Unterschriften. Mit Renato Hübscher verfügt die SVP über einen hervorragenden Mann, der die Unterschriften spielend alleine sammelt. Mit der Beerdigung dieses Vorstosses heute werden Sie in Zukunft einfach die Türe für mehr Referenden öffnen. Das stellt die Alternative dazu dar, wenn der Rat nicht bereit ist, in Zukunft mehr zu sparen.

Nicoll Jonathan, SVP: Bekannt darf auch die Politik etwas provokativ sein. Seit mehreren Jahren diskutieren wir über die Ausgaben der Gemeinde Wohlen. Seit mehreren Jahren diskutieren wir eine nicht vorhandene Prioritätenliste. Seit mehreren Jahren hören wir vom Gemeinderat man könne an den Budgetausgaben gar nichts mehr sparen. Es habe vor allem Positionen darin enthalten – auch im Finanzplan – welche schlicht weg vorgegeben sind und es keine Möglichkeit gibt, diese zu kürzen. Ich bin sprachlos, wenn ich höre, auf welche Art und Weise, dass diese Argumentationen gegen diese Motion kommen. Man kann die Motion abschiessen, weil man sie nicht möchte. Wenn man jedoch mit Interpretationen kommt, man hinterfrage die Kompetenz des Gemeinderates, dann haben Sie die falsche Optik zum Gesamten. Wenn es so weit geht, dass der Kanton entscheidet, dann haben wir ja grundsätzlich in Wohlen etwas falsch gemacht. Dann haben alle zusammen – also der Gemeinderat und alle Mitglieder des Einwohnerrates – etwas falsch gemacht. Dann haben wir es nämlich nicht geschafft miteinander eine Lösung zu finden. An dieser Stelle möchte ich auf die Beispiele, welche vorhin von Arsène Perroud genannt worden sind, aufmerksam machen. Über die Grundlagen, ob eine Strasse saniert werden soll oder nicht, ob etwas sechs oder 24 Monate hinausgeschoben werden kann, muss man im Einwohnerrat gar nicht diskutieren. Diese Frage liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Im Gesamtbild dieser Botschaft von Manfred Breitschmid und schlussendlich auch durch die Unterstützung unserer Partei, geht es um die Wahrnehmung. Nachdem alle Mitglieder des Einwohnerrates zu diesen CHF 150 Mio. ständig neue Geschäfte beschlossen haben, bekennen Sie sich nun langsam dazu, dass man anfangen sollte zu sparen. Wenn Sie denken, dass wenn der Steuerfuss auf 120% steigt, dieser in ein paar Jahren wieder sinken wird, liegen Sie falsch. Dieses Märchen können Sie woanders lesen. Das wird nicht passieren. Das kann ich Ihnen versichern. Es geht vorliegend um die Wahrnehmung, dass wir anfangen müssen zu sparen und das betrifft uns alle. Über diejenigen, welche in ein paar Jahren nicht mehr Bestandteil des Gemeinderates sind, wird nicht geschrieben, dass sie verantwortlich sind für das Geld, was ausgegeben worden ist. Das ist das Problem unserer nachfolgenden Generation.

Meier Cyrille, Präsident: Ich weise darauf hin, dass die Kompetenzen in der Gemeindeordnung verschriftlich sind. Hier können Sie ab Seite zehn lesen, über was der Einwohnerrat und über was der Gemeinderat bestimmt.

### **Abstimmung**

Die dringliche Motion 15090 wird mit 11 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgewiesen.

**Bericht und Antrag 15086 Sanierung Untere Farnbühlstrasse Mitte –  
Genehmigung Verpflichtungskredit**

Meyer Hans Rudolf, FGPK: Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat sich mit langen Diskussionen zu den nachfolgenden Geschäften betreffend den Verpflichtungskrediten 15086 und 15087 auseinandergesetzt. Zu einem haben wir das Budget 2024 zurückgewiesen und zum anderem kommen jetzt bereits wieder Bericht und Anträge bzw. Projekte, für welche wir wieder Geld ausgeben. Solange wir noch kein genehmigtes Budget 2024 haben, werden solche Diskussionen immer wieder stattfinden. Zudem müssen wir zwischen notwendigen und wünschenswerten Ausgaben unterscheiden. Wir müssen uns aber auch bewusst sein, wenn wir die beiden Projekte nicht genehmigen, dass wir überhaupt nichts sparen, sondern die Ausgaben nur auf später verschieben. Es ist auch wenig sinnvoll Ausgaben für die Infrastruktur zu streichen. Das kommt später sicher teurer zu stehen.

Kommen wir zum eigentlichen Geschäft: Sanierung untere Farnbühlstrasse Mitte. Aus finanziellen Überlegungen müssen wir nach kritischer Betrachtung feststellen, dass wir eigentlich das Geld dazu gar nicht haben.

Von der technischen Seite her betrachtet sieht die Lage aber anders aus. Die Realisierung der ersten Etappe ist in Abhängigkeit mit den beiden Projekten «Verlegung und Vergrösserung Büttikerbachleitung» und «K363, Sanierung und Umgestaltung Freiämter- und Friedhofstrasse.» Das sind Projekte, die wir bereits genehmigt haben und im nächsten Jahr in Angriff genommen werden. Es macht Sinn den ersten Abschnitt dann ebenfalls zu sanieren. Die zweite Etappe könnte man schon etwas später ausführen. Es gibt aber gewichtige Gründe dies nicht zu machen. Ich selbst bin in diesem Abschnitt viel unterwegs, zu Fuss oder mit dem Velo. Die enge Stelle zwischen dem neuen Mehrfamilienhaus und den noch in Bau stehenden Einfamilienhäusern ist echt gefährlich. Durch die Einführung der 30er-Zone hat sich die Situation ein bisschen entschärft, bleibt aber immer noch kritisch. Zudem steht in unmittelbarer Nähe der Kindergarten Reithallenweg und für die Sicherheit der Kinder drängt sich in diesem Bereich ein Ausbau mit Trottoir auf. Wenn die zweite Etappe später realisiert würde, wird es ganz sicher nicht billiger. Auch hier gilt: Wir sparen nichts, wir verschieben die Ausgaben nur auf später. Mit diesen Überlegungen und vor allem aus Sicherheitsgründen, stimmt die FGPK dem Bericht und Antrag mehrheitlich zu.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich danke dem Sprecher der FGPK für seine Ausführungen. Betreffend dem terminlichen Ablauf möchte ich mich gerne noch äussern. Ein solches Geschäft ist nicht innert zwei bis drei Wochen einfach vorbereitet, sondern es gibt immer eine lange Vorlaufzeit. Dieses Geschäft hat der Gemeinderat am 18. September 2023 verabschiedet – also noch bevor der Einwohnerrat das Budget 2024 zurückgewiesen hat. Wir haben Verständnis dafür, dass die jetzige Situation zu gewissen Unsicherheiten bei der Beurteilung dieser Geschäfte führen kann. Für den Gemeinderat ist es wichtig zu betonen, dass wir versuchen solche Bauprojekte – insbesondere im Strassenunterhalt – wenn immer möglich mit grösseren Werkleitungsbauten zu koppeln. Vorliegend haben wir als Auslöser das Projekt «Büttikerbachleitung». Das Vorgehen sichert zu, dass wir die Kosten so breit wie möglich verteilen können. So muss dies nicht nur steuerfinanziert werden, sondern kann auch aus anderen Kassen mitgetragen werden. Es wird hier zwischen zwei Etappen unterschieden. Dies ist eine Diskussion, welche es gibt. Soll man nur einen Teil machen oder beide. Der Sprecher der FGPK hat es richtig ausgeführt, gespart wird mit einer Verschiebung nichts. Im Gegenteil, bei den kleinen Beträgen sind dann die Kosten für die Vorarbeiten, die Ausschreibung, die Baustelleneinrichtung usw. wieder in Abzug zu bringen. Am Schluss des Tages gibt es nicht wirklich eine Einsparung, sondern es kostet im Gesamten ziemlich sicher mehr.

Die Strasse befindet sich am Ende ihrer Lebensdauer. Wir müssen hier – für die Aufrechterhaltung – jährlich Reparaturarbeiten von mehreren Tausend Franken im einstelligen Bereich ausführen lassen. Man kann dies sicher nicht mit verlängernden Massnahmen nochmals 15 bis 20 Jahre hinauszögern. Das ist hier so nicht möglich. Darum bitten wir Sie dem gesamten Projekt – wie vorliegend – zuzustimmen. In der Gesamtbetrachtung über den gesamten Perimeter betrachtet, ist es günstiger alles auf einmal zu machen, als wenn man einen Teil verschiebt und man die ganzen Installationen dann nochmals machen muss. Für weitere Detailausführungen stehe ich gerne zur Verfügung.

## Fraktionsmeinungen

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Das Projekt kommt zur falschen Zeit. Beim Budget 2024 läuten die Alarmglocken deutlich und deshalb müssen wir diese Ausgabe noch kritischer hinterfragen. Uns ist bewusst, dass es Mehrkosten geben wird, denn die Strasse muss irgendwann saniert werden, da sie sich in keinem guten Zustand befindet. Wenn unsere Finanzlage wieder besser ist, sind wir auch bereit zuzustimmen. Aber momentan können wir nicht allen Standards entsprechen. Was klar für die Sanierung dieser Strasse sprechen würde, ist der Ausbau des Gehweges. Für die Sicherheit hat sich jedoch vor ca. zwei Jahren – der genaue Zeitpunkt weiss ich nicht mehr – die Fahrgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h reduziert und dies hat schon sehr viel bewirkt. Der Kindergarten wird aber auch schon heute hauptsächlich über die obere Farnbühlstrasse erschlossen und eigentlich nicht von unten her. Die Fraktion Mitte Wohlen wird diesem Antrag aus finanziellen Gründen nicht zustimmen. Irgendwo müssen wir ja einmal anfangen.

Pascolin Laura, SP: Die SP-Fraktion erachtet die Gründe der Sanierung als plausibel. Mit der Umsetzung, u.a. mit dem einseitigen Gehweg, wird die Sicherheit für den Fussgängerverkehr und dazu gehören auch die Schulkinder erhöht. Die Büttikerbachleitung muss sowieso gemacht werden und ist bereits bewilligt. Die Abschreibungen werden die Erfolgsrechnung minimal belasten. Im Sinne der Nachhaltigkeit, findet die SP-Fraktion im Allgemeinen, dass Sanierungen von Strassen nicht zu Teilsanierungen gemacht werden, weil man Kosten sparen will. Das mehrmalige Aufreissen der Strassen kostet unnötig Geld und es wird die betroffene Bevölkerung nur ärgern, wenn man innert wenigen Jahren wieder eine Baustelle an der gleichen Stelle hat. Die SP wird diesem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen.

Hübscher Renato-Raffaele, SVP: Unsere derzeitige finanzielle Situation ist als desaströs, ja gar als beschämend zu bezeichnen. Der Gemeinderat hat es auf allen Fronten und Ebenen nicht geschafft, ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Nach den überrissenen Grossprojekten folgt nun die Quittung dafür. Die SVP-Wohlen/Anglikon hat immer und immer wieder den Mahnfinger erhoben und gewarnt ohne etwelches Gehör von anderen Parteien. Unter Punkt 5 «Schlussbetrachtung» schreibt der Gemeinderat in seinem Bericht und Antrag:

*«Die Strasse soll saniert und gleichzeitig gestalterisch angepasst werden, um dem Wachstum in diesem Siedlungsgebiet Rechnung zu tragen.»*

Haben wir Geld für gestalterische Strassenprojekte? Und wie viel Wachstum soll es denn noch sein? Die SVP-Wohlen/Anglikon wird jedes Wachstum in diesem Gebiet bekämpfen. Wir haben genügend Billig-Wohnungen. Wenn schon ein Wachstum, dann am Hang für gute Steuerzahler, so wie in anderen Gemeinden. Dafür scheint der Gemeindeammann jedoch kein Gehör zu haben. Nun stehen wir, wie vereinbart, mit dem Rücken zur Wand. Die Kasse ist leer und ein rigoroses und konsequentes Sparen ist unabdingbar. Dies nicht nur für die nächsten zwei, drei Mal, bis Gras darüber gewachsen ist, sondern Nein, das muss unmissverständlich die Strategie eines jeden einzelnen in diesem Parlament sein und dies für die anhaltenden nächsten Jahre. Es ist nicht fünf Minuten für Zwölf, sondern bereits Viertelnachzwölf und ich hoffe, dass es nun auch der Hinterletzte verstanden hat. Ich bitte Sie daher alle mit Nachdruck zu reflektieren und inskünftig weder Dringlichkeit noch Wichtigkeit, sondern die absolute schonende, bilanzwirksame Notwendigkeit zu bewerten. Das ist bereits der erste Schritt dazu. Partikularinteressen und Wünsche, Missgunst – nur weil es die andere Partei will – haben hier und jetzt in diesem Parlament inskünftig nichts verloren und auch keinen Platz mehr. Die Faktenlage ist, dass wir kein Geld haben. Einer Sanierung – sollte sie denn tatsächlich notwendig sein – könnte die SVP-Wohlen/Anglikon noch zustimmen. Aber der Gemeinderat will ja «gestalten» und dazu sagen wir Nein. Die SVP-Wohlen/Anglikon stimmt diesem Kreditantrag nicht zu.

Stäger Philipp, GLP/EVP: Der Zeitpunkt zum Geldausgeben ist sehr unglücklich. Neben dem schlechten Strassenzustand sieht jedoch auch die Fraktion EVP/GLP diverse Gründe, aus welchen es Sinn macht, den vorgelegten Fahrplan zu unterstützen. So soll u.a. die Sicherheit für Pendler vom und zum Bahnhof sowie für die Anwohner der angrenzenden Quartiere erhöht werden. Quasi direkt neben dem Bahnhof gelegen, handelt es sich um ein Gebiet, welches Potenzial für hochwertigen Wohnraum bietet und auch in Zukunft steuerkräftige Einwohner anlocken soll (von einigen spannenden Projekten konnte man bereits aus den Medien erfahren). Zudem macht es aus unserer Sicht Sinn, die Umbauten mit der «Sanierung und Umgestaltung der Freiämter- und Friedhofstrasse» sowie der «Verlegung und Vergrösserung der Büttikerbachleitung» zusammenzulegen. Auf diese Weise müssten Synergien genutzt sowie Kosten gespart werden können. Und auch für Verkehrsumleitungen ist es bestimmt einfacher, wenn ein solches Bauvorhaben

im Gesamtkontext angegangen wird. Die Fraktion EVP/GLP stimmt dem Antrag zum Verpflichtungskredit zur «Sanierung der unteren Farnbühlstrasse im Abschnitt Mitte» einstimmig zu.

Meyer Hans Rudolf, Dorfteil Anglikon/FDP: In unserer Fraktion haben wir die gleichen Diskussionen geführt wie in der FGPK. Man sollte nicht an der Infrastruktur sparen, das rächt sich früher oder später. Auch möchten wir nicht die gleichen Fehler machen wie sie im Einwohnerrat vor ca. 20 Jahren gemacht wurden, in dem der Einwohnerrat zu fast allem Nein gesagt hat. Die Quittung haben wir heute, nämlich einen grösseren Investitionsstau, den wir jetzt auflösen müssen. Mit einer ganz knappen Mehrheit stimmen wir dem Bericht und Antrag zu. Zu erwähnen ist, dass die Gegenstimmen nicht gegen das Projekt, sondern gegen den Zeitpunkt der Kreditsprechung sind. Solange wir noch kein Budget 2024 haben, sollten wir auf weitere Verpflichtungskredite, auch wenn sie im Finanzplan aufgeführt sind, verzichten.

Schmid Patrick, Grüne: Wir bedanken uns bei den an der Ausarbeitung des Bericht und Antrags Beteiligten. Wir haben an unserer Sitzung die Geschäfte ausführlich, sehr kritisch und auch sehr differenziert diskutiert. Natürlich sind wir keine Fraktion, welche den Strassenbau als primäres Ziel hat. Vor allem die Sicherheit für die Fussgänger haben uns zu einem kritischen Ja überzeugt. Die Sanierung muss irgendwann gemacht werden und sie wird immer teurer. Der Zeitpunkt für die Projektumsetzung – rein bautechnisch – ist gut.

### Einzelvoten

Christen Peter, SVP: Es läuft in diesem Rat eigentlich immer alles genau gleich ab. Die Argumentation ist immer dieselbe. Es muss gemacht werden, jetzt ist es günstiger und später kostet es viel mehr, es muss sonst alles zwei Mal aufgemacht werden – ja, dann wird es halt zwei Mal aufgemacht. Ich sehe null Einsichtigkeit in diesem Rat, auch nur irgendetwas sparen zu wollen. Ich bin sehr gespannt auf das nächste Traktandum. Ich hebe die schlimmsten Befürchtungen. Im schlimmsten Fall kommt es noch zu einem Stichentscheid und sollte das der Fall sein, wissen wir ja, wie es kommt.

Donat Ruedi, Die Mitte: Es wird hier auf hohem Niveau gejammert und der Vorwurf geäussert, dass wir die Sachen nicht unterhalten. Ich wohne mittlerweile seit 60 Jahren in diesem Quartier und ich kann mich beim besten Willen nicht daran erinnern, dass in dieser Gegend jemals etwas passiert ist und diesen Kindergarten gibt es dort bereits seit 40 Jahren. Man hatte dort grosse Bauvorhaben und die Bauherren sind dazu verpflichtet die Strasse, nachdem sie sie kaputt gemacht haben, wieder instand zu stellen. Diese Strasse wird auch im Rahmen des Projektes Böttikerbachleitung repariert. Danach hält sie wieder fünf bis zehn Jahre und dann können wir wieder darüber sprechen. Lehnen Sie diesen Antrag bitte ab, er ist nämlich nicht notwendig.

Scherrer Daniel, FDP: Neben der kritischen Thematik dieses Antrags, möchte ich noch etwas anderes sagen. Ich glaube die Message ist noch nicht angekommen. Wir haben jetzt vorliegend einen Antrag und das Timing ist schlecht. Aber was mich persönlich stört, wenn ich die Zahlen anschau, ist der Betrag von CHF 532'000,  $\pm 10\%$ , inkl. 7.7% MWST – ich glaube im nächsten Jahr beträgt sie 8,1%. Klar, das macht nur CHF 2'000 aus und ist ja nicht so schlimm. Man muss sich jetzt – nur bei diesem Antrag – bewusst sein, der Betrag von CHF 532'000 muss es nicht sein, es kann dann auch CHF 600'000 sein. Die Message ist jetzt noch immer nicht angekommen, dass man bei einem solchen Antrag genauer hinschauen und die gestalterischen Elemente vielleicht streichen sollte. Jetzt ist einfach nicht der Moment, um solche Anträge zu stellen. Die MWST ist falsch dargestellt,  $\pm 10\%$  und die Reserven sind eingeplant. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Ich bitte Sie dem Antrag nicht stattzugeben. Wir haben ein Budget zurückgewiesen, wir haben dem Gemeinderat einen Auftrag erteilt und der ist meines Erachtens nicht erfüllt worden. Wenn wir jetzt zu diesem Bericht und Antrag Ja sagen, dann machen wir uns vor dem Volk unglaubwürdig. Wir wurden vom Volk gewählt, damit wir die Kosten anschauen und wenn das Budget dann hier ist und es so ist, wie wir es gerne hätten, dann können wir über die Bericht und Anträge nochmals reden. Dann können wir wahrscheinlich auch noch Kürzungen vornehmen. Wir haben das Halde-Schulhaus bewilligt und die Kosten steigen überall an. Wir wissen noch nicht einmal, wie diese Kreditabrechnung aussehen wird und wir geben jetzt schon wieder Geld aus. Wir sollten doch jetzt einmal etwas zuwarten und entschieden anschliessend. Die Hypothekbank-Zinsen steigen alle an. Unter Umständen wird in Zukunft etwas weniger gebaut werden. Privatpersonen müssen auf einmal anfangen zu rechnen und können sich eine Liegenschaft nicht mehr leisten. Dann haben die Bauunternehmungen etwas weniger Arbeit. Vielleicht sind sie dann bereit ihre Preise etwas zu senken.

Christen Peter, SVP: Daniel Heinrich hat ein Grossprojekt genannt. Wir haben aber nicht nur eines, sondern wir haben mehrere Grossprojekte und wenn ich an die Turnhalle Junkholz denke und die Gerüchte stimmen, dann haben wir da wohl auch noch ein Geschenk zugute und nicht in die positive Richtung.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich möchte auf die verschiedenen Äusserungen noch kurz eingehen. Es scheint klar, aufgrund den Mehrheiten, wie die Abstimmung ausfallen wird. Zu Handen des Protokolls möchte ich festhalten, dass wenn der Einwohnerrat heute nicht zustimmt, dass dann bei einer neuen Vorlage mit Mehrkosten gerechnet werden muss. Die Mehrkosten sind begründet mit der fehlenden Synergie, welche man dann nicht mehr mit dem Projekt Büttikerbachleitung nutzen und realisieren kann. Das sind die Auswirkungen, so wie vorhin Manfred Breitschmid wünschte, welche ich Ihnen aufzeige. Ebenfalls nehmen wir jährliche Reparaturkosten in Kauf, welche nicht notwendig wären.

Einige Sachen kann ich zudem nicht einfach stehen lassen. Dies zum Thema Wachstum und Baulandreserven. Es liegt nicht in der Kompetenz des Gemeinderates zu bestimmen, was private Investoren bauen oder nicht, solange sie sich innerhalb der gesetzlichen Vorschriften bewegen. Die Gemeinde Wohlen verfügt noch an verschiedenen Orten an Baulandreserven. Diese Baulandreserven werden laufend umgesetzt. Die Immobilienfachleute wissen genau, wie dies gerechnet wird. In diesen Belangen hat der Gemeinderat tatsächlich wenig Einfluss.

Zum Vorwurf, dass wir ein wahnsinnig grosses Gestaltungsprojekt mit dieser Strassensanierung machen. Ich bitte diesbezüglich Renato Hübscher darum, doch einmal in der Aktenaufgabe alle Unterlagen anzuschauen. Darin sind sämtliche Details zu den Projekten enthalten. Vorliegend handelt es sich um ein reines Sanierungsprojekt. Als gestalterische Massnahmen werden noch Trottoirs erstellt. Solche Aussagen finde ich einfach falsch und diese müssen richtiggestellt werden. Die SVP hat zudem zwei Mitglieder in der FGPK, welche diese Geschäfte im Detail geprüft haben und sich darüber unterhalten haben. Es handelt sich also nicht um ein Gestaltungsprojekt, sondern um ein reines Sanierungsprojekt. Das Geschäft hat minimale Auswirkungen auf die laufende Rechnung. Damit retten wir das Budget nicht. Einfach dass das auch klar ist.

Ruedi Donat hat die privaten Bauvorhaben angesprochen. Die Bauherren müssen eine Strasse reparieren lassen, wenn sie diese beschädigen. Das ist so, es handelt sich jedoch einfach um Flicker. Da es keine gesamthafte Oberfläche mehr ist, nimmt die Strasse langfristig Schaden. Irgendwann hat man dann genug Flicker in der Strasse und muss das Ganze erneuern.

Betreffend der Aussage von Daniel Scherrer bezüglich der  $\pm 10\%$ . Diese Diskussion wurde schon mehrfach im Einwohnerrat geführt.  $\pm 10\%$  stellt die Schätzungsungenauigkeit beim Stand des Planungsprozesses dar. Bei solchen Bauprojekten kann immer wieder einmal etwas Unvorhergesehenes passieren. Das ist SIA-Standard, dass man dies so beantragt und darstellt. Viel genauer kann man diese Kosten erst zu einem späteren Zeitpunkt – bei Vorliegen von konkreten Offerten – ermitteln.

Bezüglich Bauen – Daniel Heinrich meinte, vielleicht wird einmal weniger gebaut – muss ich sich einfach darauf hinweisen, dass man seit dem Jahr 2017 noch nie so eine tiefe Bau-Quote hatte. Aktuell werden sehr wenig Wohnungen gebaut. In der Schweiz fehlen folglich zehntausende von Wohnungen. Die Hoffnung, dass weniger gebaut wird, widerspricht natürlich gegen den Wohnraumbedarf seitens der Bevölkerung. Es wird sicher weiterhin in den Gemeinden gebaut werden. Die Gemeinde Wohlen kann nicht einfach warten, bis ein Projekt abgeschlossen ist. Wir haben so viele Aufgaben zu erfüllen und diese müssen zwangsläufig parallel laufen. Es ist somit klar, dass bei einer Bauzeit von vier bis fünf Jahren bei einem Schulhaus Halde, in dieser Zeitspanne weitere Ausgaben beschlossen werden müssen. Wenn wir das nicht machen, dann werden wir zwangsläufig einen Investitionsstau haben und können unsere Aufgaben, wie die Bereitstellung von genügend Infrastruktur für die Bevölkerung, nicht mehr erfüllen und sicherstellen. Ich wünsche Ihnen ein gutes Händchen bei der nachfolgenden Abstimmung.

## **Abstimmung**

Dem gemeinderätliche Antrag

*Genehmigung eines Verpflichtungskredits zur Sanierung der unteren Farnbühlstrasse im Abschnitt Mitte im Gesamtbetrag von brutto CHF 532'000 ( $\pm 10\%$ , inkl. 7.7% MWST).*

wird mit 17 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

## **Bericht und Antrag 15087 Sanierung Hochwacht- und Kapellstrasse, Abschnitt Gyrenhübel- bis Jurastrasse – Verpflichtungskredit**

---

Schmid Patrick, FGPK: Ich schliesse mich den Worten von Hans Rudolf Meyer zum vorgegangenen Geschäft an. Wir haben ein sehr gut dokumentiertes, angemessenes und gut formuliertes Projekt vorgelegt bekommen, welches einen gewissen Bedarf ausweist. Der Unterschied zu diesem Geschäft ist, dass im Bericht und Antrag zwei Anträge gestellt werden. Im Namen der FGPK bedanke ich mich bei Pirmin Wiederkehr (Leiter Tiefbau und Verkehr) und Gemeinderat Roland Vogt für das Vorstellen des Projekts und die kompetente Beantwortung unserer Fragen. Der erste Teil enthält die Genehmigung der Sanierung der Hochwacht- und Kapellstrasse, Abschnitt Gyrenhübel- bis Jurastrasse. Dafür wird ein beträchtlicher Betrag von CHF 1'190'000 beantragt. Der zweite Teil umfasst den Verpflichtungskredit zur Sanierung der Kanalisationsleitungen Hochwacht- und der Kapellstrasse im Gesamtbetrag von brutto CHF 400'000. Ich fange in meiner Vorstellung mit dem zweiten Teil an. Die Diskussionen betrafen den Zeitpunkt und die Folgen. Wichtig dabei sind:

1. Finanzierung erfolgt zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasser.
2. Die Abwasserleitung ist sehr alt und in einem sehr schlechten Zustand.
3. Die Wasserleitung, die zum Zuständigkeitsbereich der IB Wohlen AG gehört, wird von der IB Wohlen AG sowieso renoviert/ausgebaut werden.
4. Die Leitungen liegen von oben nach unten gesehen Telefon etc., Wasser, Abwasser. Eine spätere Sanierung der Abwasserleitung ist technisch schwieriger zu realisieren.
5. Eine defekte Abwasserleitung führt zu sehr hohen Kosten bei einer notfallmässigen Sanierung.
6. Das Projekt kann höchstens hinausgezögert werden mit dem Risiko von höheren Folgekosten.

Die FGPK empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen bei einer Abwesenheit den zweite Antrag des Bericht und Antrags zur Annahme.

Der erste Antrag des Bericht und Antrages erweist sich als deutlich umstrittener. Für die Genehmigung sprechen folgende Gründe:

1. Strasse ist in einem schlechten Zustand.
2. Sanierung der Wasser- (sicher), und der Abwasserleitung: Grosse Fläche, auf dem der Belag entfernt werden muss.
3. Eine Verschiebung des Projekts führt zu Mehrkosten (Belag auftragen, Belag entfernen, Belag auftragen).
4. Bautechnisch, terminologisch gut geplant.

Gegen die Genehmigung sprechen folgende Gründe:

1. Finanzlage (Projekt kostet CHF 1.2 Mio.), Budget nicht bewilligt.
2. Eine geflickte Strasse muss nicht zwingend unbefahrbar sein.
3. Angekündigte Massnahmen, die auch «weh tun» können.

Die FGPK stimmte dem zweiten Antrag mit 4 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen bei 1 Abwesenheit zu.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich danke dem Sprecher der FGPK. In der Annahme, dass die Diskussion einen ähnlichen Verlauf nehmen wird, wie vorhin, werde ich zu verschiedenen Punkten direkt Auskunft geben.

Ich danke für die positive Aufnahme des zweiten Antrags bezüglich der Sanierung der Kanalisation. Dies scheint sowohl in der FGPK wie auch in den Fraktionen unbestritten zu sein.

Ich gehe davon aus, dass der restliche Teil der Sanierung der Hochwachtstrasse bestritten sein wird. Aus diesem Grund werde ich folgende Ausführungen dazu machen. Wir haben auch hier die Höhe der Mehrkosten geprüft, wenn die Umsetzung nicht zeitlich mit der Sanierung der Wasserleitungen durch die IB Wohlen AG erfolgen würde. Ich schicke voraus, dass die Sanierungsarbeiten der IB Wohlen AG zwingend sind. Diese Arbeiten müssen gemacht werden und die IB Wohlen AG wird sie im Jahr 2024 auch machen. Diese Arbeiten sind sehr aufwändig und umfassend, was wiederum zu einem grossen Kostenteil führt. Ein Drittel der Strassenbaukosten, ca. CHF 200'000 würden unnötig anfallen, wenn das Projekt erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden würde. Dies zu Handen des Protokolls und zur Festhaltung. Wir werden hier jährliche Mehrkosten haben für unnötige Reparaturen, als wenn wir es jetzt machen würden. Die Sanierung der Hochwachtstrasse stellt kein Gestaltungsprojekt dar. Sie konnten dies in der Vorlage entnehmen. Es gibt dort auch keinen Platz für irgendwelche Gestaltungen. Einzig eine Wasserrinne in der Mitte würde erstellt, welche gleichzeitig auch die Abgrenzung zum Fussweg darstellt. Diese kann überfahren werden, sodass die Möglichkeit besteht, dass sich zwei Fahrzeuge kreuzen können. Es bringt jedoch eine gewisse Sicherheit für die Fussgänger auf dieser Strasse. Das Projekt wurde also auf das absolute Minimum reduziert. Bitte bedenken Sie, dass die Finanzierung der Wasserleitung – obschon diese nicht direkt aus der Gemeindekasse finanziert wird – dennoch von der Bevölkerung bezahlt wird. Es gibt somit zwei Investitionen. Einerseits muss die Wasserleitung erneuert werden und die Hochwachtstrasse wieder instand gestellt werden. In einigen Jahren wird dann die Gemeinde die gesamte Hochwachtstrasse wieder machen müssen, einfach mit einem Preisschild von plus CHF 200'000. Für weitere Detailfragen zu diesem Projekt stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung. Über eine Zustimmung zu diesem Sanierungsprojekt freue ich mich.

### **Fraktionsmeinungen**

Isler-Rüttimann Sonja, Die Mitte: Die grosse Herausforderung in nächster Zeit wird sein – wir haben es heute schon gehört – die wichtigen und nötigen Investitionen zu tätigen und zu erkennen, welche diese auch tatsächlich sind. Da stehen wir nun alle in der Verantwortung. Das vorliegende Projekt besteht aus zwei Anträgen, was das Festlegen der Prioritäten in unserer Fraktion etwas einfacher gemacht hat. Der erste Teil ist nice to have und der zweite Teil ist bitter nötig. Die Überlegungen, mit den nötigen Sanierungen an den Werkleitungen auch gleich eine Aufwertung der betroffenen Strassenabschnitte zu verbinden, leuchten uns ein. Das Projekt gefällt uns – aber wir können es uns vorläufig schlichtweg nicht leisten. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als den Graben zu öffnen, die Leitungen zu sanieren und den Graben wieder zu schliessen. Klar, es wird ein Flickenteppich geben, aber die horrend hohen Kosten von rund CHF 1.2 Mio. lassen uns keine andere Wahl. Ausser Frage steht für unsere Fraktion die Sanierung der Kanalisationsleitungen. Es wäre schon ein Rückschritt ins tiefe Mittelalter, wenn wir von unserer eigenen Notdurft am Ende auch noch physisch überschwemmt würden. Es reicht schon völlig aus, wenn uns diese hier drin «nur» im politischen Sinne um die Ohren fliegt. Also eben: bitter nötig!

Andermatt Dennis, GLP/EVP: Das Gebiet, das nun einer Sanierung unterzogen werden soll, gehört zu einem der ersten erschlossenen in Wohlen. Nach der Steingasse war es das zweite Gebiet, welches erschlossen wurde. Wir sprechen hier von ca. 100 Jahren. Dass diese Leitungen einmal ihren Lebenszyklus überschritten haben, steht ausser Frage. Dass diese Arbeiten nun mit der Ablehnung des Budgets zusammenkommen, ist nervend und unschön. Da die IB Wohlen AG diese Sanierungsarbeiten nun anpackt, muss die Gemeinde nun zwingend mitmachen, da arbeitstechnisch gesehen die Gräben schon geöffnet und die Leitungen freigelegt sind. Macht es da Sinn, wenn die IB Wohlen AG nur die untersten Wasserleitungen saniert, wenn alle anderen schon freigelegt sind? Es kommt definitiv teurer, wenn man alle anderen Leitungen ein anderes Mal saniert. Zieht es in einem Arbeitsvorgang durch! In einem Arbeitsvorgang kann man einen sanierungsbedürftigen Teil von Wohlen für die kommenden Jahre erneuern. Alle Flickarbeiten, die schon passiert sind und noch passieren werden, kosten die Gemeinde schliesslich mehr und belasten die laufende Gemeinderechnung. Zudem kann man ein gehegter Wunsch der Bevölkerung am Rebborg mit der Verkehrsberuhigung ebenfalls gleich erfüllen, die Steuerzahler am Berg danken es uns. Ja, es ist

sehr viel Geld, das wir nun wieder ausgeben müssen. Wieder eine Ausgabe, die den Steuerfuss mit nach oben drückt. Unsere Fraktion nimmt die Kosten gerne in Kauf, da eine gut unterhaltene und verkehrsberuhigte Infrastruktur Wohlen attraktiv macht und zudem zu ihrem Pflichtenheft gehört. Unsere Fraktion stimmt dem Bericht einstimmig zu.

Hübscher Renato-Raffaele, SVP: Ich kann es nicht anders sagen. Die Fraktion SVP-Wohlen/Anglikon hat auch für dieses Strassenbauprojekt wenig Verständnis. Unsere finanzpolitische Situation hat sich auch vom Antrag vorhin zu diesem jetzt nicht verändert. Das Geschäft fordert einen Kreditbetrag von CHF 1.6 Mio., was gut vier Steuerprozent ist, für all diejenigen, welche dies vergessen haben. Wir von der SVP-Wohlen/Anglikon sehen unter dem Antrag 1 weder eine Dringlichkeit noch eine Wichtigkeit, aber beim Antrag 2 die Notwendigkeit. Aus diesem Grund werden wir den zweiten Antrag auch unterstützen. Der Antrag 1 stellt für uns aber wieder einmal ein gutes Beispiel dar, dass der Gemeinderat und die entsprechenden Abteilungen es immer noch nicht verstanden haben, in welcher finanziellen Notlage wir uns befinden. Geld ist nicht vorhanden aber unsere Strassen werden vergoldet. Bei diesem Projekt werden die Steuergelder wieder einmal richtig verschleudert. Für tausende von Franken, werden in die Fahrbahn Pflastersteinen aus Granit verbaut, welche absolut unnötig sind und nur eine Behinderung darstellt, wenn Schnee auf der Strasse liegt. Ein einfacher gelber Streifen würde auch seinen Zweck erfüllen und unseren finanziellen Ansprüchen mehr als genügen. Das Projekt könnte für viel weniger Geld ausgeführt werden und als gutes Beispiel nenne ich gerne die Pilatusstrasse, welche zwischenzeitlich wieder befahrbar ist. Wir lehnen den Verpflichtungskredit im Antrag 1 ab und stimmen dem zweiten Antrag zu, weil dieser über die Abwasserkasse finanziert werden kann.

Manimanakis Corinne, SP: Unsere Fraktion kann Sie schon irgendwie verstehen, dass Sie dagegen sind ein solches Sanierungsprojekt heute zu behandeln. Mit dem Budget 2024, welches noch nicht genehmigt ist, ist es unglücklich. Ja, der Wow-Effekt bleibt definitiv aus. Wenn nicht jetzt, wann dann? Wenn die IB Wohlen AG jetzt die dringend notwendigen Leitungen von Strom, Gas und Wasser machen muss, weil der Zustand kritisch ist, dann sieht es doch wieder etwas anders aus. So sind wir der Meinung. Dann ist es eben nicht nur «nice to have». Wir haben uns folgende Aspekte überlegt und besprochen. Wenn diese Strasse aus diversen Gründen schon tief aufgerissen werden muss und sich der Strassenbelag sich in einem bedenklichen Zustand befindet, dann macht es Sinn, die Sanierung zusammen mit dem Abwasser zu machen. Dies auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, würde die Gemeinde am Schluss teurer kommen. Zudem sind die neuen Strassenauslegungen für den Fahrrad- und Fussgängerverkehr ein Gewinn. Gerade der Schulweg, bei welchen die Kinder täglich von der Hofmatten herkommen und der über die Kapell- und die Jurastrasse führt, kann übersichtlicher und weniger gefährlich gemacht werden. Das muss man sich auch bewusst sein. Die SP wird beiden Verpflichtungskrediten einstimmig zustimmen und wir hoffen, dass doch noch eine Mehrheit im Rat gefunden wird.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon steht einstimmig hinter der offensichtlich nötigen Sanierung der Kanalisation im Bereich Gyrenhübel- bis Jurastrasse im Umfang von rund CHF 400'000. Bemerkung am Rand: Es handelt sich trotzdem um Steuergelder, das wurde heute auch schon gesagt. Wir bezahlen es einfach auf einem anderen Weg. Aber was notwendig ist, muss gemacht werden. Wir haben dies von Patrick Schmid, Sprecher FGPK, bereits gehört. Anders sieht es bei der Sanierung der Hochwacht- und der Kapellstrasse im selben Abschnitt aus. Unsere Fraktion lehnt diese Sanierung einstimmig ab. Wir führen dazu vor allem zwei Gründe an:

1. Die Gemeinde Wohlen verfügt aktuell über kein Budget für das neue Jahr. Die erste Fassung hat der Einwohnerrat an seiner letzten Sitzung, aufgrund der desaströsen Aussichten, hochkant zurück an den Absender geschickt. Wenn wir nicht wissen, wie die finanzielle Zukunft aussieht, kann unsere Fraktion keinen neuen, nicht dringlichen Ausgaben zustimmen. Das wäre schlicht unseriös.
2. Wir haben keine Zweifel, dass es betrieblich Sinn machen würde, gleichzeitig mit der Kanalisation auch die Strassen zu sanieren. Wir haben auch keine Zweifel daran, dass diejenige Leute, welche das geplant haben, dies nach besten Wissen und Gewissen gemacht haben. Nach den Standards, welche in ihrem Berufsstand heute gelten. Allerdings sind diese Standards relativ hoch. Wir vermissen die politische Einsicht, dass wir unsere Strassen nicht mehr vergolden müssen, sondern nur das Notwendige in guter Qualität erledigt werden muss. Man muss aufhören, tolle und schöne Projekte umsetzen zu wollen. Wir sind weder Aarau, Baden noch Wettingen. Wir haben für solche Sachen das Geld nicht.

Aus den genannten beiden Gründen lehnen wir heute den ersten Teil des Projektes ab.

## Einzelvoten

Christen Peter, SVP: Es freut mich ausserordentlich, dass eine gewisse Konsequenz in der Handlung in diesem Rat feststellbar ist. Ich bin zuversichtlicher für die nächste Abstimmung, als ich es auch schon gewesen bin. Gerne möchte ich an die SP und allgemein an den inneren Ring einige Worte richten. Corinne Manimanakis sagte, dass sie hoffe, dass man den Mehrwert einsehe. Es ist keine Zeit zum Hoffen. Hoffen ist keine Strategie. Hoffnungen darf man hier im Rat keine haben. Wir müssen Fakten schaffen. Ich kann mich kaum an einen Bericht und Antrag erinnern, welcher im inneren Ring nicht einfach genehmigt worden ist. Offensichtlich hat dies immer noch nicht gegriffen. Es wird immer noch alles einfach so genehmigt. Aber irgendwann – und davon gehe ich aus – wird der Druck auf Sie so gross werden, dass auch Sie entsprechend handeln müssen.

Schmid Patrick, Grüne: Es wird auch eine Zeit kommen, Peter Christen, in welcher es darum geht zwischen Leistungsabbau, einer Senkung der Wohnqualität und zwischen einigen Hundert Franken mehr Steuern von den guten Steuerzahlern.

Andermatt Dennis, GLP: Renato Hübscher erwähnte vorhin in seinem Votum, dass er der Schaffung von neuem Wohnraum im Bereich Wohlen Süd bekämpfen möchte und lieber neue Steuerzahler am Hang beim Rebberg hätte. Das wird schon etwas schwierig, wenn man nicht bereit ist, dort die Leitungen zu ersetzen. Sie werden dann zwar topmoderne Wohnungen haben, die Abwasserleitungen aber über 100 Jahre alt sind. Ich sehe hier einen Widerspruch.

Hübscher Renato-Raffaele, SVP: Ich danke Denis Andermatt für die Erwähnung. Ich sehe allerdings das Problem nicht. Der Sanierung der Abwasserleitungen haben wir ja zugestimmt. Vielleicht hat er mir bei meinem Votum nicht zugehört.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich möchte zu einigen Aussagen noch kurz Stellung nehmen. Mehrere Male wurde gesagt, dass man die Vorlagen nicht genehmigen kann, weil noch kein genehmigtes Budget 2024 vorliegt. Ich möchte klarstellen, dass diese Verpflichtungskredite auf die Erfolgsrechnung erst einen Einfluss bekommen, wenn sie abgeschlossen sind. Erst dann werden sie aktiviert. Dies wäre im Herbst 2025 und hat eine Relevanz auf das Budget 2026 und nicht auf dasjenige für das Jahr 2024. Die finanziellen Auswirkungen sind im Finanzplan immer entsprechend aufgezeigt.

Die Aussage, es handle sich um ein Luxusprojekt – bei allem Respekt – schauen Sie den Schnitt des Bauprojektes an. Es handelt sich um eine Asphaltfläche mit drei Pflastersteinen in der Mitte. Es ist nicht mehr und es ist nicht weniger. Wir haben sogar ausgerechnet, wie viel die drei Pflastersteine in der Mitte kosten. Über die gesamte Länge kosten diese CHF 27'000. Das dies ein Luxusprojekt sein soll, stimmt so nicht. Die Gemeinde Wohlen hat rund 56 km Gemeindestrassen und nochmals ganz viele Privatstrassen mit öffentlichen Fuss- und Fahrwegrecht. Am Ende sind es gegen 80 km Strassen. Diese Strassen müssen wir einfach in regelmässigen Abständen unterhalten und sanieren. Heute Abend ging es um gesamthaft ca. 600 m Strassen, welche abgelehnt werden. Wir bekommen einen Nachholbedarf, was die Sanierung der Strassen anbelangt. Einfach, dass Sie das schon einmal gehört haben.

## Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

1. *Genehmigung eines Verpflichtungskredits zur Sanierung der Hochwacht- und der Kapellstrasse im Abschnitt Gyrenhübelstrasse bis Jurastrasse im Gesamtbetrag von brutto CHF 1'190'000 ( $\pm 10\%$ , inkl. 7.7% MWST).*

wird mit 14 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Dem Antrag des Gemeinderates

2. *Genehmigung eines Verpflichtungskredits zur Sanierung der Kanalisationsleitungen Hochwacht- und der Kapellstrasse im Abschnitt Gyrenhübelstrasse bis Jurastrasse im Gesamtbetrag von brutto CHF 400'000 ( $\pm 10\%$ , inkl. 7.7% MWST).*

wird einstimmig zugestimmt.

### **Motion 15045 betreffend Outsourcing der P+R Anlage unterhalb des Bushofes beim Bahnhof**

Breitschmid Manfred, SVP: Vielleicht noch etwas zur Ausgaben Notbremse. Ich habe eigentlich Freude am heutigen Abend. Das Gedankengut wird zum Teil aufgenommen und wird umgesetzt. Man sieht es gibt Motionen, welche beerdigt werden, aber das Gedankengut dazu wird aufgenommen und lebt. Aus diesem Grund kann ich Harry Lütolf sagen, dass meine «Werkstatt» weiterhin in Betrieb bleiben wird. Damit werde ich weiterhin mein Gedankengut in den Einwohnerrat einbringen.

Ich habe den Antrag gestellt:

*«Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat Bericht und Antrag zu stellen über die Prüfung eines Outsourcing der P+R Anlage unterhalb des Bushofes beim Bahnhof. Dem Gemeinderat ist es überlassen, zusätzlich eine andere Variante, welche fachlich begründet ist, zu beantragen.»*

Bevor ich auf diesen Antrag nochmals eingehe, möchte ich gerne eine Frage an den Herrn Gemeindeamann stellen. Ich verstehe etwas nicht. Es fällt mir seit längerer Zeit in diesem Rat auf. Vielleicht haben wir auf der Gemeindeverwaltung genügend Personalressourcen. Wenn ich die Antwort des Gemeinderates anschau, dann schreibt er immer einen Grundsatz hin. Ich weiss nicht, für wen er diesen schreibt. In diesem Grundsatz steht, dass die Motion innerhalb eines halben Jahres vorgelegt wird. Die vorliegenden Motion ist schon ein Jahr alt. Das Postulat, welches nachher zur Behandlung gelangt, schon zwei Jahre. Da frage ich mich, weshalb schreibe ich dies hin, wenn ich es nicht einhalte. Es geht noch weiter, da stört mich eigentlich noch viel mehr. Ob der Inhalt der Motion umgesetzt werden soll, wird heute Abend entschieden. Ich habe geschrieben, man soll dies prüfen. Heute Abend kann der Rat entscheiden, ob dies geprüft wird oder nicht. Wir bekommen hier ja schon ein fertiges Papier. Da frage ich mich, ob wir wirklich zu viele Leute auf der Gemeindeverwaltung haben. Wir hatten zwar kürzlich Stellenbegehren – zum Teil einfach bewilligt. Das fällt mir nicht nur bei dieser Motion auf, sondern es hat eine Regelmässigkeit bekommen. Jetzt muss man sich einmal vorstellen, der Rat weist die Motion ab – und davon gehe ich aus – da wurde ja gratis gearbeitet auf der Verwaltung. Ich verstehe etwas nicht. Entweder reichen wir Vorstösse ein, welche bearbeitet werden oder wir haben einen vorgegebenen Ablauf. Ein Vorstoss kommt in den Rat, dieser entscheidet über den weiteren Verlauf und erst dann beginnt die Verwaltung zu arbeiten. Ich habe heute Abend Belehrungen gehört. Vielleicht höre ich dazu etwas, weshalb die Vorstösse schon umgesetzt werden, ehe der Rat dazu Stellung nehmen kann.

Zur Motion selbst und meinem Antrag. In der Zwischenzeit liegen der Bericht und die Haltung des Gemeinderates vor. Es handelt sich um eine Anlage, welche in den kommenden Jahren Defizite erzielen wird. Ich wollte, dass die Auslagerung dieser Anlage geprüft wird. Ich möchte auf zwei Punkte eingehen. Der Herr Gemeindeamann kann zum Punkt, wie man Motionen und Postulate im Rat einbringt, vielleicht auch noch kurz Stellung nehmen. Unter Punkt 3.1 im Bericht steht Folgendes:

*«Bereits im Rahmen der Erarbeitung des Bauprojekts, danach auch bei der Erarbeitung des Baurechtsvertrages und des Bahnverkehrsvertrages wurde der SBB der Verkauf oder die Abtretung der P&R-Anlage am Bahnhof angeboten. Seitens der SBB bestand daran aus nachvollziehbaren wirtschaftlichen Überlegungen kein Interesse.»*

Die SBB hat somit signalisiert, dass sie die Anlage aus wirtschaftlichen Gründen nicht betreiben möchte. Wenn dies die SBB mit Erfahrung sagt, dann frage ich mich, weshalb man dies trotzdem so gemacht hat. Ein privater Unternehmer würde über die Bücher gehen. Es kann nicht sein, dass derjenige, welcher die besten Voraussetzungen mitbringt, um so etwas zu betreiben, dies nicht machen will aber dann noch Auflagen geben will, wie wir es zu machen haben. Vielleicht hören wir, weshalb die Gemeinde Wohlen 107 Parkplätze baut für CHF 7 Mio. Sie haben vielleicht auch schon als Privatperson zu einer Eigentumswohnung in einer Garage einen Parkplatz erworben. Der Preis liegt bei etwa CHF 35'000. Warum wird so

gebaut, wenn man das Signal erhält, dass es nicht wirtschaftlich ist. Eine weitere Aussage des Gemeinderates:

*«Andere potenzielle Anbieter, die bereit wären, ein zurzeit defizitäres Parkhaus am Standort Wohlen zu übernehmen, gibt es keine.»*

Wenn ich mit einer solchen Anlage auf den Markt gehen möchte, muss ich vorgängig die Kriterien festlegen. Ich bringe einerseits ein Profil auf den Markt und andererseits wer und wie. Es wäre interessant zu erfahren, wer alles abgelehnt hat und wie man auf die möglichen Anbieter zugegangen ist – Sie müssen mich nicht so böse anschauen Herr Weibel – das ist rein sachlich anhand des vorliegenden Berichtes. Man kann sagen, wen das man angefragt hat, wie ist man auf diejenigen zugegangen und weshalb wird eine solche Anlage gebaut, wenn die SBB sagt, dass keine Wirtschaftlichkeit möglich ist.

Ich gebe auch noch die Fraktionsmeinung bekannt. Diese stimmt der Überweisung einstimmig zu.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Bezüglich der langen Behandlungszeit von Vorstössen entschuldigen wir uns, wenn wir hier regelmässig in den Rückstand gelangen. Wie Sie vielleicht festgestellt haben, steht der Blocksatz unter dem Punkt 1 bei jeder Haltung drin. Die Vorlage ist entsprechend vorprogrammiert. Hier werden einfach die gesetzlichen Grundlagen dargelegt. Sehr viel Arbeit gibt dies tatsächlich nicht. Der Gemeinderat versucht mit der ausführlichen Darlegung in den Haltungen zu den Vorstössen dem Einwohnerrat die Entscheidungsgrundlage und Basis zu liefern, damit diese darüber befinden können. Dies war einer der Wünsche des Einwohnerrates, dass der Gemeinderat im Vorfeld seine Haltung zu Vorstössen bekannt gibt. Dies hat zum Zweck, dass keine Gegenstände überwiesen werden, welche vielleicht nicht machbar sind oder es andere gesetzliche Voraussetzungen gibt. Der Gemeinderat erachtet dies eigentlich als ein professionelles und angemessenes Vorgehen im Parlamentsbetrieb. Ich bin erstaunt, insbesondere, da Manfred Breitschmid viele Jahre lang ein Mitglied des Grossen Rats war, dass er dies nicht weiss. Das Vorgehen ist genau dasselbe. Zu sämtlichen eingereichten Vorstösse nimmt der Regierungsrat Stellung – Roland Büchi kennt dies auch – darin werden die rechtlichen Grundlagen ausgeführt und weshalb ein Vorstoss überwiesen werden soll oder eben nicht. Dazu gehört es halt auch, dass gewisse Sachen im Vorfeld abgeklärt werden. Vorliegend wurden mit der SBB erneut Gespräche geführt, so wie es der Motionär in seiner Begründung angeregt hatte. Wir haben die bereits vorneweg genommen. Wenn dies schon zu weit gegriffen war, dann tut uns dies wahnsinnig leid. Zur Frage, weshalb es so viele Parkplätze braucht. Beim Bushof gab es eine Ersatzpflicht der bestehenden oberirdischen Parkplätze der Park and Ride-Anlage. Das waren gesamthaft 63 Parkplätze, welche ersetzt werden mussten. Es gab schlicht keine andere Option, als diese unterirdisch zu erstellen. Die SBB prognostiziert einen Parkplatzbedarf von ca. 250 bis ins Jahr 2040. Der Kanton war der Ansicht, dass 80 Parkplätze ausreichen würden. Mit 107 Parkplätzen hat man nun einfach das Maximum erreicht, ohne ein zweites Stockwerk machen zu müssen. Ein zweites Stockwerk wäre in keiner Art rentabel gewesen, weil die Kosten exponentiell höher gewesen wären, als wenn man nur einen Stock erstellt. Der Gemeinderat hat den Einwohnerrat – während der Einwohnerratsdebatte – darauf hingewiesen, dass ein gewisses wirtschaftliches Risiko besteht. Insbesondere aus der Fraktion der SVP wurde die Erstellung dieser Parkieranlage befürwortet. Es wurden möglichst viele Parkplätze im Zentrum verlangt. Solche Forderungen werden seitens der SVP-Fraktion immer wieder gestellt. Aus diesem Grund ist es nun erstaunlich, dass diese Fragen nun kommen. Das Bauland gehört der SBB, die Gemeinde besitzt das Baurecht dafür. Es handelt sich um die Bundes- und Kantonsgesetzgebung. Wir sind vor allem für sämtliche Businfrastrukturen und die Gemeindestrassen verantwortlich. Das ist hier der Fall. Aus diesem Grund mussten wir dies auch bauen. Wir sind auch zuständig dafür, dass es eine Park and Ride-Anlage gibt. Der Kanton hat hierfür die Hälfte mitfinanziert. Es handelt sich nicht um eine Aufgabe, welche wir uns selbst gegeben haben, sondern dafür wurde uns die Verantwortung übertragen. Wir haben dies immer wieder bei der Behandlung dieses Projektes im Einwohnerrat gesagt. Wir wären froh gewesen, hätten wir diese Parkplätze nicht selbst erstellen müssen. Dies haben wir im Bericht ebenfalls ausgeführt. Wer ist schon froh, wenn man etwas selbst machen muss, wenn es ein anderer machen könnte.

Die SBB hat dies von Anfang an kommuniziert, dass sie diese Anlage einerseits aus wirtschaftlichen Gründen nicht betreiben möchte und andererseits gehört es einfach auch nicht zu ihren Kernaufgaben. Die SBB hat einen Bundesauftrag und dazu gehört dies nicht. Das stört mich persönlich auch, aber es ist halt einfach so, dass sich die SBB nicht daran beteiligt hat. Im Gegenteil, es stellte eine Pflicht für die Gemeinde dar, die weggefallenen Park and Ride-Parkplätze zu ersetzen.

Es gibt keine weiteren potenzielle Betreiber für diese Anlage. Ich weiss nicht, ob Sie ein gewinnbringendes Immobiliengeschäft kennen, welches eine solche Investition tätigt, weil sie Gutmenschen sind oder, weil es gerade Freude macht eine Tiefgarage zu betreiben, obschon bekannt ist, dass sie derzeit defizitär ist. Bei der Prüfung für die Übernahme eines Outsourcings sind auch sämtliche Kosten zu übernehmen. Diese sind im Budget ersichtlich. Dort sehen Sie auch die verpflichtende Abschreibungsdauer. Dies muss übrigens innerhalb von 35 Jahren abgeschrieben werden, auch wenn die Anlage viel länger steht. Es handelt sich schlicht um eine unrealistische Forderung. Wenn Sie uns die Motion überweisen – das können Sie ja – dann wird der Gemeinderat zu keinem Resultat kommen. Es ist unrealistisch jemanden zu finden, welcher dieses defizitäre Geschäft von der Gemeinde Wohlen übernehmen möchte. Was nicht abgeklärt ist, ob aus rechtlichen Gründen betreffend dem Baurechtsvertrag überhaupt ein Outsourcing möglich wäre. Ich bitte Sie die Motion nicht zu überweisen.

### **Fraktionsmeinungen**

Angst Matthias, GLP/EVP: Mit Blick auf die bevorstehende Weihnachtszeit und den weiteren Basteleien aus der Weihnachtswerkstatt von Manfred Breitschmid befürchte ich, dass wir künftig noch sehr viele Geschäfte zu behandeln haben. Meine Fraktion hofft, sich über das Richtige unterhalten zu haben. Wir werden das Ganze einstimmig ablehnen. Die Gründe sind offensichtlich und ich muss nichts mehr dazu ausführen.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Fraktion FDP Dorfteil/Anglikon hat keinerlei Verständnis dafür, dass dieses Thema erneut Gegenstand einer Motion und überhaupt von einer Diskussion ist. Der Einwohnerrat hat diese Themen schon mehrfach diskutiert, zuletzt im Zusammenhang mit den Stellenbegehren der Liegenschaftsabteilung. Auch unsere Fraktion hat das Thema Outsourcing im Bereich Liegenschaften-Reinigung schon in die Diskussion eingebracht. Dies kann allerdings nur Sinn machen, wenn es ein Gesamtkonzept für sämtliche Immobilien der Gemeinde gibt. Es macht allerdings keinen Sinn, einzelne Immobilien auslagern zu wollen und dann noch die unattraktivsten. Leider ist aber davon auszugehen, dass kaum Kosten gespart werden könnten. Denn der private Anbieter will ja etwas verdienen. Die vorliegende Motion bringt allerdings gar nichts. Im Gegenteil, sie hat einmal mehr völlig unnötig die Verwaltung beschäftigt. Wenn das so weiter geht, stellen wir irgendwann den Antrag, die Kosten für solche unnötigen Motionen, Postulate und Anfragen zumindest teilweise den Urhebern in Rechnung zu stellen. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon lehnt die Motion 15045 einstimmig ab.

Wüthrich Barbara, Grüne: Die SBB betreibt schweizweit keine P&R-Anlagen und wird für Wohlen sicher auch keine Ausnahme machen. Andere Partner\*innen, welche die Anlage übernehmen möchten gibt es nicht und wird es voraussichtlich auch in Zukunft nicht geben. Die Verträge, welche mit der SBB eingegangen worden sind, sind klar und lassen wenig Spielraum in der Nutzung. Die Grünen erachten diese Motion daher als gegenstandslos und werden sie nicht überweisen

Pascalini Laura, SP: Die SP-Fraktion ist «not amused» über diese «Arbeitsbeschaffung». Das Outsourcing der P&R-Anlage wurde schon mal diskutiert und ein paar Jahre später beschäftigen wir uns wieder mit der gleichen Frage. Die P&R-Anlage wird wohl für einige Zeit Verluste aufweisen. Die Anlage kann nur als P&R betrieben werden – also sind keine festen Parkplatzmieten möglich. Es ist durchwegs denkbar, dass wir in zehn Jahren aufgrund von der Bevölkerungszunahme eine profitabwerfende Anlage haben werden, falls auch zukünftig die Parkplätze fest vermietet werden können. Die SP-Fraktion wird der Überweisung dieser Motion nicht zustimmen.

Gregor Michelle, Die Mitte: Ich gebe die Fraktionsmeinung Der Mitte zur Motion betreffend Outsourcing der P+R-Anlage bekannt. Für uns ist die Begründung des Gemeinderats ausreichend, vor allem die übersichtliche Kostenzusammenstellung, welche nochmals verdeutlicht, dass mit dem Lösungsvorschlag des Motionärs die Kosten nicht gesenkt werden. So ist die vom Motionär gestellte Forderung eigentlich bereits erfüllt. Unsere Fraktion lehnt diese Motion einstimmig ab.

Und ich erlaube mir noch kurz etwas an den Motionär zu sagen, da ich das Gefühl habe, dass ich nicht die einzige bin, welche das denkt. Ich würde es extrem begrüßen, wenn wir wieder etwas Luft erhalten, um konstruktive Lösungen für ein gutes Wohlen zu finden, neue Ansätze zu finden und gute Vorstösse gemeinsam zu erarbeiten, auch interfraktionell. Aber das ist so wirklich sehr schwierig für uns Erwerbstätigen.

## Einzelvoten

Donat Ruedi, Die Mitte: Als dieses Projekt behandelt worden ist, war ich noch Mitglied des Gemeinderates. Ich war damals begeistert davon. Leider bin ich mittlerweile ernüchternd und ich muss eingestehen, dass dies damals eine veritable Fehlinvestition war. Ich frage mich – hierzu habe ich seitens des Gemeinderates noch nichts gehört – warum die SBB noch immer Parkplätze hinten vermietet. Ich kann nicht verstehen, dass man hier nicht mehr Einfluss nehmen kann, sodass dort keine Parkplätze mehr vermietet werden. Die sollen in das dafür vorgesehene Parkhaus gehen. Bis heute habe ich noch nichts vom Gemeinderat gehört, wie er gedenkt, diese Misere zu bekämpfen und eine bessere Rendite des Parkhauses zu erzielen.

Breitschmid Manfred, SVP: Ich danke Ruedi Donat für seine Fragen. Einen Teil davon wollte ich ebenfalls nachfragen. Darauf kann ich nun verzichten. Ich stelle fest, dass der Einwohnerrat betreffend dieser defizitären Anlage anfängt zu resignieren. Man nimmt dies als selbstverständlich und Vorschläge, wie dies behoben werden soll, hört man nicht. Ob eine Motion etwas bewirkt oder nicht und ob sie in Zukunft seitens des Motionärs noch mitfinanziert werden sollte, kann ich Dieter Stäger sagen, dass die Motion immerhin bewirkt hat, dass der Gemeinderat mit der SBB nochmals gesprochen hat. Die SBB hat gewisse Zusagen gemacht und heute Abend hören wir vom Gemeinderat vielleicht noch einen Vorschlag, wie er diese Anlage bewirtschaften möchte, so dass sie keine defizitäre Maschinerie in Zukunft bleibt.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich betrachte die Antworten des Gemeinderates immer gerne kritisch. Ich kritisiere dann und wann auch gerne einmal, wenn es nötig ist. Es gibt tatsächlich Situationen, in denen unsere Dorfgemeinderat eine Darlegung, weshalb etwas nicht möglich ist, plausibel erklären kann und warum es nicht sehr clever wäre, einen bestimmten Vorstoss zu überweisen. Meiner Meinung ist die vom Gemeinderat gelieferte Antwort plausibel und schlüssig. Es gibt auch die Möglichkeit – wenn man es gelesen hat – im Vorfeld einer Einwohnerratssitzung sich Gedanken zu machen und wenn man die Antworten überzeugend findet, den Vorstoss zurückzuziehen. Das wird so beispielsweise im Kantonsparlament gemacht, wenn die Regierung eine überzeugende Antwort liefert. Vorliegend wurde meiner Meinung nach eine überzeugende Antwort geliefert, dann könnte man das ja machen. Der Gemeinderat hat aufgezeigt, welche Anstrengungen er diesbezüglich unternommen hat. Mit der Festhaltung am Vorstoss durch Manfred Breitschmid und seiner Fraktion wird eine Zwangsheirat erwartet. Beim Bundesparlament und bei den kantonalen Parlamenten kommen immer wieder Vorstösse, welche sich gegen Zwangsheiraten richten. Manfred Breitschmid möchte vorliegend mit Biegen und Brechen den Gemeinderat zwingen mit der SBB oder einem Dritten eine Heirat einzugehen. Der Gemeinderat hat nun jedoch aufgezeigt, dass diese Zwangsheirat nicht durchführbar ist, weil sich die SBB sträubt. Ich habe grosses Verständnis dafür, dass auch niemand anderes einen solchen Betrieb übernehmen und eine solche Tiefgarage betreiben möchte. Manfred Breitschmid sagte, dass keine anderen Vorschläge seitens des Parlaments gemacht werden. Das ist falsch. Ich verweise auf die Motion unserer eigenen Fraktion mit der Nummer 15084 vom 10. September 2023. Auch in Bezug auf diese Tiefgarage fordern wir, dass dort die Preise für Dauerparkkarten gesenkt werden sollen. Aktuell kosten diese Dauerparkkarten CHF 1'400 pro Jahr und CHF 125.00 pro Monat. Das ist schlicht und einfach viel zu teuer. Und das ist – unserer Meinung nach – ein wichtiger Grund dafür, dass viele auf andere Parkplätze ausgewichen sind. Wir wissen, dass Leute nach Dottikon gehen und dort ihr Fahrzeug abstellen und nicht mehr in Wohlen. Die 63 Fahrzeuge – welche Arsène Perroud vorhin erwähnte – welche vorher täglich dort abgestellt worden sind, die stehen noch irgendwo, einfach nicht in unserer Tiefgarage. Die stehen vermutlich in Dottikon. Der Preis stellt unserer Meinung nach einen wichtigen Hebel dar, um die Belegung in diesem Parkhaus erhöhen zu können.

Gerne möchte ich noch eine Match entscheidende und wichtige Frage an unseren Gemeinderat stellen. Unter der Ziffer 3.4 wird das Folgende ausgeführt:

*«An das Bauwerk hat der Kanton massgebliche zweckgebundene Beiträge geleistet, die bei einer anderen Nutzung (z.B. Dauervermietung einzelner Parkplätze) zurückerstattet werden müssen.»*

Ist eine Dauervermietung nicht möglich? Aber die Gemeinde verkauft Jahresparkkarten für CHF 1'400? Das beisst sich doch. Wenn ich eine Jahresparkkarte für CHF 1'400 kaufe, dann stelle ich mein Auto in dieser Tiefgarage ab und dann muss mir niemand sagen, dass ich das Auto morgens um 04.00 Uhr wegstellen soll. Wenn ich CHF 1'400 bezahle, dann bleibt mein Fahrzeug dort stehen, und zwar das ganze Jahr. Was erlaubt ist und was nicht, sollte schon klar sein. Das ist ja widersinnig, dass ich CHF 1'400

bezahle und dann mein Auto nicht das ganze Jahr dort abstellen darf. Das kann es ja nicht sein. Also diese Frage muss dringend geklärt werden.

Keller Samuel, FDP: Selbstverständlich habe ich mir Gedanken gemacht, dass wenn ich dann einmal pensioniert bin, ein solches Parkhaus zu kaufen und zu betreiben. Ich fragte mich, was ich denn machen würde, und ich habe die Lösung gefunden. Ein Hebel ist der Preis und der andere ist der Platz. Das Parkhaus ist mit dermassen engen Parkplätzen vollgestopft, dass die breiten Fahrzeuge – welche normalerweise gefahren werden – von niemanden dort unten abgestellt werden. Ich habe das auch in meiner Fraktion so gesagt. Solche Parkhäuser habe ich genutzt, um mit meinen Kindern rück- und vorwärts das Parkieren zu üben. Mein Auftrag an den Gemeinderat ist, dass er sich überlegen soll, einen Drittel der Parkplätze aufzuheben. Statt drei Parkplätze zwischen zwei Pfosten, nur noch zwei. Man würde hier etwas ganz Natürliches machen. Diese Verknappung macht man auch in der Wirtschaft und daraus resultiert dann die Nachfrage.

Christen Peter, SVP: Wir befinden uns ja gerade in der Fragestunde Richtung Gemeinderat. Ich hätte ein brennendes Interesse daran zu erfahren, weshalb diese Tiefgarage keine Barriere hat. Mir sind praktisch keine Tiefgaragen bekannt, in welche man einfach hineinfahren kann, hoffen, dass keine Kontrolle kommt und wieder hinausfahren kann. Warum befindet sich da keine Barriere, bei welcher man ein Ticket lösen kann, wie im Coop, in der Migros und überall. Dann wäre auch gewährleistet, dass alle auch für das Parkieren bezahlen. Bei dieser Auslastung bin ich der Meinung, dass wohl die Hälfte gar nicht bezahlt.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Zum Thema fixe Plätze vermieten, welches von Laura Pascolin angesprochen wurde. Der Kanton hat diese Anlage mit rund der Hälfte mitfinanziert. Dies mit der Auflage, dass dort Park & Ride-Parkplätze erstellt werden sollen. Das heisst – wir kommen auch gleich zur Frage von Harry Lütolf – wir können keine Parkplätze fix vermieten. Also wenn beispielsweise jemand aus der Überbauung nebenan einen bestimmten Parkplatz fix mieten möchte, dann geht dies nicht, da eine «Dauervermietung» nicht möglich ist.

Die von Harry Lütolf angesprochene «Dauerparkkarte» berechtigt zum irgendwo parkieren in der Garage, allerdings ohne einen fixen zugeteilten Parkplatz. Das ist der Unterschied zwischen der Dauervermietung und der Dauerparkkarte. Das wurde sehr sorgfältig abgeklärt, auch für die anderen Parkieranlagen der Gemeinde Wohlen. Sollte jedoch eine gewisse Auslastung in einer gewissen Zeit unterschritten werden, so besteht – gemäss Baurechtsvertrag – die Möglichkeit, eine Anzahl Parkplätze anderweitig zu nutzen. Der Gemeinderat befasst sich derzeit mit dieser Thematik und der Beurteilung.

Bei den von Ruedi Donat angesprochenen Parkplätzen beim Freiverlad handelt es sich nicht um Park & Ride-Parkplätze, sondern diese werden durch die SBB fix an Unternehmungen in der Gegend vermietet, welche selbst für ihre Mitarbeitenden keine Parkplätze anbieten können. Das sind somit Dauervermietungen. Es besteht mit der SBB eine Vereinbarung, dass die SBB am Bahnhof keine Park & Ride-Parkplätze anbieten darf. Dies ist exklusiv nur für uns. Mit der Verlegung des Freiverlads, bzw. mit der Neueinführung der AVA wird dies dann jedoch nicht mehr möglich sein.

Bezüglich der besseren Auslastung der Tiefgarage handelt es sich eigentlich um zwei Themen. Zum einen bitte ich Sie das Kapitel 3.3 zu lesen. Darin geht es um die Einbindung in die Vertriebskanäle der SBB. Hierfür stehen wir übrigens nicht erst seit dieser Motion wieder in Kontakt mit der SBB, sondern das war ständig der Fall. Die SBB wollte dies von Anfang an so machen. Doch sie verlangten Provisionen und Kosten für die Nutzung, welche in keiner Art und Weise vertretbar gewesen wären. Die SBB kommt uns nun jedoch einen sehr grossen Schritt entgegen, weshalb das Ganze geprüft wird.

Bezüglich Gebühren – dass betrifft den Vorstoss Der Mitte, welche eine Überprüfung fordert. Hier können Sie dann darüber befinden. Bei Gebühren hat man immer das Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip. Ich verweise auch auf die Debatte bezüglich des Parkierungsreglements. Hier verlangte ein Vertreter der SVP explizit, dass die Anlage kostendeckend betrieben werden soll. Dementsprechend befinden sich auch die Gebühren an dem Ort, wo sie jetzt sind. Es handelt sich somit nicht um einen Freiflug, sondern es liegen immer auch gesetzliche Grundlagen vor. Der Vorstoss Der Mitte wird dann unter dem Aspekt des Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzips von Gebühren, welche wir als Gemeinde einzuhalten haben, abgehandelt.

Die Breite und Grösse der Parkfelder entsprechen der VVS-Norm. Man sollte dort problemlos parkieren können. Ich persönlich hatte dort auch noch nie Mühe, um zu parkieren. Dies nun zu verknappen, würde auch die Kosten um ein Drittel verteuern – es stellt sich die Frage, ob das dann die Lösung wäre.

Bezüglich der Barriere. Diese sind sehr unterhaltsanfällig und kostenintensiv, weil sie häufig abgebrochen werden. Das ist eine einfache Kosten-Nutzen-Abwägung. Es ist günstiger, wenn diese Bewirtschaftung mittels einer Parkuhr erfolgt. Dies wird auch bei anderen Parkieranlagen so gehandhabt. Eine Barriere geht oft kaputt oder wird mutmasslich beschädigt. Diese Erfahrungen mussten wir leider an anderen Orten bereits machen. Wenn man nun die tiefe Auslastung anschaut, dann wären die Sanierungskosten für die Barriere, würde die Rentabilität der Anlage noch schlechter aussehen. Wir sind somit zu einer anderen Einschätzung gekommen und ich bin von dieser Entscheidung überzeugt.

Lütolf Harry, Die Mitte: Ich möchte bereits jetzt etwas deponieren und dem Gemeindeammann bezüglich seinen Ausführungen betreffend der Preisgestaltung etwas entgegen. Es war der Grund für die von mir vorhin erwähnte Motion Der Mitte. Der eidgenössische Preisüberwacher, von Gesetzes wegen vorgeschrieben, der seinen Job macht, hat festgestellt, dass gesamtschweizerisch die Preise der öffentlichen Parkplätze für Jahresdauerparkkarten viel zu hoch angesetzt sind. Er hatte die Preise in Zürich und anderen Städten im Auge, aber nicht die Preise in Wohlen. Die sind noch einmal viel exorbitant höher, als das, was der Preisüberwacher im Kopf hatte. Wir sind mit unseren Preisen definitiv jenseits von Gut und Böse. Man muss hier auch nicht mit dem Kostendeckungsprinzip argumentieren und dass man die Preise so hoch machen muss in Wohlen. Wir hören es dann im Vorstoss Der Mitte, wenn er dann zu Behandlung gelangt. Nehmen Sie dies doch schon einmal als Kampfansage entgegen. Das Thema wird dann sicher nochmals breit ausgeführt.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Zur Präzisierung. Der Preisüberwacher hat insbesondere die Parkplätze auf dem öffentlichen Grund, also sprich diejenigen auf Aussenparkfeldern, beanstandet. Das Thema von Parkplätzen in Tiefgaragen wurde nicht explizit aufgeführt. Wir werden uns aber selbstverständlich ganz offen mit diesem Thema auseinandersetzen.

## **Abstimmung**

*Die Motion 15045 betreffend Outsourcing der P+R Anlage unterhalb des Bushofes beim Bahnhof*

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen abgelehnt.

**Postulat 14147 betreffend Vermeidung von Einwegprodukten**

---

Gutaj Mergim, SP: Wir bedanken uns beim Gemeinderat für seine Ausführungen zu diesem Postulat. Wir sehen es ein, dass in der Verwaltung bereits viel gemacht worden ist. Wir begrüßen diese Entwicklung und hoffen, dass diese Tendenz weiterhin verfolgt wird. Für uns ist das so in Ordnung. Wir ziehen das Postulat zurück.

**Antwort zur Anfrage 15081 betreffend Standortstrategie  
Schulraumplanung**

---

Breitschmid Manfred, SVP: Vorweg möchte ich mich für die angeregte und konstruktive Diskussion zu der Tiefgarage bedanken.

Betreffend der Antwort zur Anfrage 15081 bin ich teilweise nicht zu frieden. Ich hätte weitere zusätzliche Fragen gestellt, verzichte jedoch auf eine Diskussion. Ich danke für die Antworten, welche ich bisher erhalten habe.

Meier Cyrille, Präsident: Somit ist die heutige Sitzung beendet. Ich bedanke mich für euer konstruktives Mitwirken und freue mich auf das nächste Mal. Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 11. Dezember 2023 um 18.00 Uhr statt. In dieser Sitzung werden wir über das Budget 2024 (2. Vorlage) der Gemeinde debattieren sowie einige Wahlen betreffend Einwohnerrat durchführen. Ich wünsche euch eine gute Nacht und Erholung.

Für das Protokoll



Cyrille Meier  
Präsident



Michelle Hunziker  
Aktuarin